

Bochumer Studenten Zeitung

Jahrgang 1 / 1967

Herausgegeben vom Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität

Nr. 10 / 26. Juli 1967

Schmutzige Wäsche und Sachverstand

BEOBACHTUNGEN BEIM WAHLKAMPF VON B. G. WESTERMANN

Bitte, erwarten Sie keinen objektiven Bericht von mir, ich habe auch Bier vom SDS getrunken. Überhaupt war es einer der Lichtblicke in einem sonst tristen Wahlkampf, als Stephan Bock vom rustikal Karren herab dem studentischen Wahlvolk offerierte: „Lesen Sie unsere Klassiker! Trinken Sie mit uns Schlegelbier!“ Wobei vor allem letzteres Anklag fand, so auch bei ABS-Listenkandidat Bussiek.

Gewiß erinnerte diese Praktik penetrant an niederbayrische Kommunalwahlen, wo der Huberbauer für zwei Maß vom christsozialen Lager in das der Bayernpartei überwechselt, aber es brachte doch einen originellen Moment in einen an Einfällen und Esprit armen Wahlkampf.

Besonders erschreckend zeigte sich dies an den Plakaten. Öde und trostlos langweilten sie vor sich hin. Was sich die meisten Gruppen auf diesem Gebiet leisteten, ist, schlicht gesagt, eine Schande. Herkömmliche Formen, Farben, Texte... es fehlten nur noch die sonntäglich glänzenden, plattgewalzten Gesichter der Spitzenkandidaten, die von allen Wänden lächeln, um den Eindruck einer konventionellen Wahlkampagne in der Lüneburger Heide komplett zu machen. Ein klein wenig Witz, Pop und Sex kann man wohl von den Plakaten verlangen, die Studenten entwerfen. Aber vielleicht hat der SDS recht, wenn er von zwanzigjährigen Greisen spricht. Vielleicht auch ist mausgraue Langeweile, sprich: Sachlichkeit, eine Bochumer Geburtskrankheit.

Eine rühmliche Ausnahme bildet hier der SDS. Der bartumrahmte Mund, der sich SDS-Wählerinnen zum Kusse bot, war, gemessen an den Plakaten der anderen, schlechthin revolutionär. Auch das Häuschen mit der Herzchentür, hinter der ein recht häßlicher Säugling empfahl, SDS zu wählen, stach erfrischend von „Sachverstand“ und „Cliquenwirtschaft“ ab.

Dunkel jedoch blieb der Sinn jener Elefantenkette, die die einzelnen Wahlgemeinschaften symbolisieren sollte. Der sozialistisch rote Elefant hielt sich am ABS-Schwanz fest und marschierte in die Richtung, in die auch das christdemokratische Rüsseltier an der Spitze trottete.

Inwiefern wendet er sich so gegen Formierung? Etwa nur durch die Farbe, aber nicht durchs Verhalten? Sicher werden die zukünftigen SDS-Parlamentarier zeigen, wie man ihr Plakat verstehen soll.

Doch dies nur am Rande. Hauptsächlich nämlich spielte sich der Wahlkampf in der Mensa links und rechts von der Suppenschüssel ab, wo sich die Flugblätter stapelten, Programme und Entwürfe, Pamphlete, Angriffe und Ultimaten verfüßten oder versalzen das Mittagmahl. Das Salz überwog dabei. Besonders reich war der Ausstoß der ABS, der WuS und des RCDS. SHB und SDS hielten sich bemerkenswert zurück, was bei den sonst so flugblattfreudigen Linken recht verwunderlich ist. Hier eine Passage aus einem SDS-Pamphlet, das zu den polemischsten des Wahlkampfes zählte: „Eine rechte Mehrheit im Parlament würde unserer Universität die geistige Ruhe und Abgeschlossenheit einer bayrischen Provinz-PH garantieren. Haben Sie die zwanzigjährigen Greise mit ihrem elitären Klassensprecherbewußtsein bei der Wahlvorstellung erlebt?“ Zu solcher Polemik konnte sich die ABS nie aufschwingen, obwohl gerade sie von obigen Rechten aufs schärfste angegriffen wurde.

Überhaupt war die Kontroverse ABS auf der einen und RCDS-WuS auf der anderen Seite kennzeichnend für den Wahlkampf. Daß dies nicht gerade mit den fairsten Mitteln geschah, mögen die folgenden Zitate zeigen: „Der AstA und seine ABS-Kampftruppe terrorisieren die Universität.“ oder „Die längst nicht mehr legitimierte Führungsclique ... verplumpert unsere Sozialbeiträge.“ Die vielgeschmähten Ausführungen der ABS in der BSZ nehmen sich demgegenüber vergleichsweise harmlos aus. Die ABS hatte es im Wahlkampf überhaupt sehr schwer. Als siamesischer Zwilling des AstA bot sie genug Zielflächen für hysterische wie berechnete Angriffe oberhalb und unterhalb der Gürtellinie. Viel Papier wurde verschwendet und, wie immer, wenn Deutsche nicht weiter wissen, geklagt oder wenigstens ultimativ mit Klage gedroht. Unter der etwas zittrigen Überschrift „ULTIMATUM“ steht dann unter anderem: „Unsere Geduld ist zu Ende. Es gibt keinen Pardon mehr!“ Ob

der forsche alte Kaiser Wilhelm bei diesem Spruch Pate stand? Jedenfalls erinnert er peinlich an einen seiner bekannt markigen Sprüche: „Gefangene werden nicht gemacht, Pardon wird nicht gegeben.“

Die anderen Gruppen blieben etwas im Hintergrund. Der SHB hielt sich zurück, wie es überhaupt unter Sozialdemokraten in den letzten Jahren zum guten Ton zu gehören scheint, kastrierte Wahlkämpfe zu führen. Sachlich-kritisch-engagiert versuchte man niemandem auf die Füße zu treten, obgleich diese oft genug dazu einluden. Eine Sphinx blieb die LuSt-Wahlgemeinschaft, die anfangs als Clique rechtsstehender Korporierter abqualifiziert wurde, und der es im Verlauf des Wahlkampfes auch nicht gelang, an Profil zu gewinnen, obwohl ihre Plakate mit zu den graphisch gelungensten gehörten, was freilich nicht viel sagen will.

Höhepunkte des Ringens um Macht und nicht zuletzt auch um AstA-Pfründe bildeten improvisierte Diskussionen zur Mittagszeit vor der Mensa. Ein Hauch von Stierkampfarena und Kleinkunsthöhle hing über der Wastalt, wo ABS-Leute wider die Mannen der WuS-RCDS-BdV-Einheitsfront stritten. Volkswirtführer Alex, von der ABS liebevoll und wenig originell Onkel genannt, war der Held der Stunde. Ein Volkstribun von beängstigender Eloquenz, der marktschreierische Effekte nicht scheute, rechnete er den ABS-Vertretern, die nicht gerade eine gute Figur machten, ihre Sünden vor, akklamiert und angefeuert von einer schwitzenden Studentenschar. Vom Wagen, den Emrich in den Bach steuerte, bis zu jener verwachsenen Pressekonferenz von AstA und ABS fehlte kein Stück aus der reichen Kollektion schmutziger Wäsche, für die sich Volkswirte, Unabhängige und Rechte als die besten Weißmacher anboten.

Die großen aktuellen Themen, wie das politische Mandat der Studentenschaft oder die Forderung einer Hochschulreform, kamen dagegen zu kurz. Der RCDS schrieb vor der Wahl in einem Flugblatt: „Der RCDS lehnt das politische Mandat ab ... Überlassen wir es also unseren politischen Vertretern in Bund, Land und Gemeinde, für uns zu sprechen.“ Im Wahlkampf selbst hörte man derlei selten, vielmehr versuchten die Kontrahenten, sich mit kleinlichen Angriffen,

Hohe Wahlbeteiligung! SHB überraschend vorn

BOCHUM (BSZ). Die Schlacht ist geschlagen, die Sieger stehen fest. Nach einem harten Wahlkampf (die Tagespresse sprach von der größten Materialschlacht, die jemals bei Studentenschaftswahlen an einer deutschen Universität ausgefochten wurden) können die angetretenen politischen Gruppen und Wahlgemeinschaften das Resümee ziehen.

Gesiegt haben sozusagen alle, denn Vergleichszahlen gab es nicht. Allenfalls waren die enttäuscht, deren Ziel es offen oder versteckt war, die Wahl zu „gewinnen“. Zweifellos überraschend kam das gute Abschneiden des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB), der mit 23 Prozent Stimmenanteil bei den Listen seinen Konkurrenten weit überlegen war.

Zweitstärkste Gruppe wurde die Wahlgemeinschaft Unabhängiger Studenten mit 15,4 Prozent. Erstaunlich, daß der SDS mit 13,1 Prozent soviel Wähler hinter sich hatte wie die völlig unpolitische Wahlgemeinschaft des Bundesverbandes Deutscher Volks- und Betriebswirte (BDV).

Danach folgen die Action Bochumer Studentenschaft (ABS) mit 10,9 Prozent, Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) 10,1 Prozent, Liste Unabhängiger Studentengemeinschaften (LUS) 7,6 Prozent, Gemeinschaft Unabhängiger Studenten (GUNST) 6,8 Prozent.

Der Quotient für einen Parlamentssitz betrug 112 (er ergibt sich aus: Gültige Stimmen = 2694 geteilt durch Zahl der Listenplätze = 24).

LUS und RCDS errangen kein Direktmandat, dafür die ABS gleich zwei, alle anderen Wahlgruppen je eines. Auf die Reststimmen erhielten noch einmal LUS, „WUS“ GUNST und ABS je ein sogenanntes Überhangmandat.

Außerdem rückten fünf Kandidaten ins Parlament ein, die keiner Gruppe angehörten.

Der SHB, SDS, die ABS und LUS bildeten kurz nach der Wahl eine Koalition mit absoluter Mehrheit im Parlament und handelte in zähen Gesprächen über das Wochenende bis zur ersten Parlamentssitzung Programme und Personen aus.

Die Wahlbeteiligung von 54,15 Prozent kann als gut bezeichnet werden; sie liegt erheblich über dem, was von anderen Studentenwahlen an westdeutschen Universitäten in der letzten Zeit gemeldet wurde.



Aktiv am Wahlkampf beteiligten sich meistens nur die Angehörigen der Wahlgemeinschaften und ihr engerer Anhang. BSZ-Bild (Kugler)

Halbwahrheiten und Diffamierungen gegenseitig das Image zu zerfetzen. Dies Unternehmen ist wohl auch gründlich gelungen. Die ersten hausbackenen Versuche der ABS, die Diskussion auf ein sachliches Terrain zu ziehen, scheiterten, und schon mischte sie in ihrem Extra-Blatt fleißig beim Catch-as-catch mit, dessen einzige Regeln frei nach Ringelnatz, zu sein schienen:

„Beißen und Genitalien Kratzen verboten. — Nun los!“

Doch ganz abgesehen vom Niveau; hat sich dieser Wahlkampf gelohnt? Immerhin hat er nach vorsichtiger Schätzung alles in allem 8000 Mark ver-

schlungen. Eine abschließende Beantwortung mag die Wahlbeteiligung geben. Doch soviel sei hier schon gesagt: Der Wahlkampf hat die Gemüter erregt, Interesse für studentische Belange erweckt und Kritik provoziert, Kritik an wahren Mißständen und an Pappkame-raden. Dies alles sind Schritte auf dem Weg zur Demokratisierung der Studentenschaft und der Hochschule. Daß man die 8000 Mark zum Fenster herausgeworfen hat, kann man deshalb wohl nicht sagen, aber es steht außer Frage, daß der Wahlkampf hätte fairer, einfallreicher und somit auch noch effektvoller geführt werden können. Aber es war ja der erste in Bochum.

An unsere Leser!

Seit dem 15. Februar konnten Sie die BSZ wie versprochen (fast) alle vierzehn Tage lesen. Dieses ist nun die 10. Ausgabe. Ein kleiner Anlaß zur Genugtuung sozusagen (doch wissen wir, daß dieses „Zehnpfennigblatt“ noch erheblich verbesserungsfähig sein wird).

Inzwischen ist es Mode geworden, an deutschen Universitäten Zeitungen in diesem Stil herzustellen: In Berlin erschien das vorbildliche EXTRABLATT etwa zur gleichen Zeit wie die BSZ, in Hamburg vor kurzer Zeit das „Hamburger Extrablatt“, Marburg hat den Versuch mit einer MSZ unternommen, Göttingen kündigte das Erscheinen einer Zeitung nach dem Muster der BSZ schon länger an, München zeigte Interesse.

Wir wünschen allen während der Ferien eine erholsame Pause von unserer „Paukuniversität“ (wie die Süddeutsche Zeitung schrieb). Wir wünschen uns und Ihnen, daß der Ruhr-Universität auch im nächsten Semester ein solcher lustiger Zeitungsmarkt beschieden bleibt wie bisher.

Ihre BSZ-Redaktion

Planungsbeirat für Hochschulfragen

DÜSSELDORF. (dpa) — Ein Planungsbeirat für Hochschulfragen beim Kultusministerium in Düsseldorf wurde gegründet. Ihm gehören als Mitglieder an: Prof. Dr.-Ing. Volker Aschoff (Aachen), Prof. Dr. med. Franz Grosse-Brockhoff (Düsseldorf), Prof. Dr. Heinz Heckhausen (Bochum), Prof. Manfred Laubig (München), Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Paul (Bonn), Prof. Dr. Helmut Schelsky (Münster) sowie der Kanzler der Universität Bonn, Eberhard Freiherr von Meden.

Das Gremium soll das Kultusministerium bei investitionsintensiven Hochschulgründungs- und Ausbauprojekten beraten. Der Planungsbeirat soll sich auch mit der steigenden Zahl von Abiturienten und den hochschulorganisatorischen, personellen und finanziellen Konsequenzen der Schwerpunktbildung an Hochschulen beschäftigen.



Durst löscht man mit Schlegel



SP wählte neuen Vorstand Koalition setzte sich durch

BOCHUM. (BSZ) — Die erste Sitzung des Parlamentes am Dienstag, dem 18. Juli, weitete sich nach anfänglichem, qualendem Beginn fast zu einem Happening aus, besonders, als die Abstimmungen über die Parlamentssprecher und den Studentenschaftsvorsitzenden minutenlang von den Rängen aus gefeiert wurden.

Positiv entschieden wurde die Frage, ob die Kommilitonen vom Essener Klimum (5) schon Stimmrecht besitzen, nachdem die FVV noch festgelegt hatte, das sei erst ab 1. Oktober der Fall. Alterspräsident Karl-Heinz Valdis (32) mußte sich mit Mühe und Mikrofonstundenlang durch die Geschäftsordnungsdebatten hindurchfinden.

Aufgehalten wurde der Gang der Verhandlung auch noch, als die Parlamentsbesetzung angezweifelt wurde: kurz vor Beginn der Sitzung hatten die beiden ersten Leute der LUS-Liste auf ihr Mandat verzichtet; ebenso einige Kandidaten der ABS, so daß andere nachrückten.

Zum Sprecher des Parlamentes wurde der Jurastudent Günter Pohl (ABS) mit 22 Stimmen gewählt. Sein Stellvertreter wird Rolf Janssen (SDS) sein. Als der Direktkandidat des BDV, Michael Buchmann, von seiner eigenen Fraktion aufgefordert wurde, seine Kandidatur für den 2. Stellvertreter zurückzuziehen, strich dieser ostentativ das „BDV“ hinter seinem Namen. Folge: Jubel bei der Koalition SHB, SDS, ABS und LUS und ihrem Anhang. Buchmann wurde gewählt.

Als Schriftführer ließen sich Frl. Evers und Herr Genß (BDV) aufstellen.

Einen Höhepunkt bildete zweifellos die Vorstellung der Kandidaten für das Amt des Vorsitzenden der Studentenschaft. Der SHB hatte Christoph Zöpel nominiert, auf den sich vorher schon die Koalition geeinigt hatte. Zöpel beantwortete Fragen zur Person und zur Sache souverän. Gegenkandidat Hoffmann (WUS) wurde von der Gruppe offenbar unvorbereitet ins Rennen geschickt und

mußte meistens die Antwort schuldig bleiben.

Zöpel auf die Frage, ob er die Übertragung Berliner Verhältnisse auf Bochum für wünschenswert halte: „Ich bin dagegen, daß man auch in Bochum Studenten erschießt.“

Zöpel hält eine Intensivierung der studentischen Mitbestimmungsrechte in der Universität für die nächstliegende Aufgabe. Schon im ersten Wahlgang erhielt er, womit niemand gerechnet hatte, die notwendige Zweidrittelmehrheit von 24 Stimmen (9 für Hofmann, 3 Enthaltungen). Die Stellvertretenden Vorsitzenden Kircher (SDS) für Politische Bildung und Kultur, Hahn (LUS) für Hochschulfragen und Dröge (ABS) für Öffentlichkeitsarbeit wurden ohne Diskussion angenommen.

Aufgrund der Vorfälle in dieser ersten Parlamentssitzung trat offenbar ein Verfall der Opposition ein: drei Parlamentarier wollen aus der Wahlgemeinschaft Unabhängiger Studenten austreten.

Ergebnis der Wahl zum 1. Studentenparlament Zweitstimmen

Abteilung	ABS	BDV-WG	GUNST	LUS	RCDS	SDS	SHB	WUS	Stimmen für WG abgegeben.	Stimmabgeb. berecht.
Ev. Theologie	8	1	0	2	11	11	23	6	62	106
Kath. Theologie	0	0	0	0	18	1	0	65	84	106
PPP	49	0	3	11	19	65	58	23	228	443
Geschichtswissenschaft	13	2	0	10	14	11	38	15	103	194
Rechtswissenschaft	44	7	4	50	40	44	97	119	406	812
Philologie	74	7	7	42	94	108	244	104	680	1334
Sozialwissenschaft	37	2	0	12	17	44	43	26	181	300
Wirtschaftswissenschaft	30	328	2	63	24	49	76	25	597	1122
Mathematik	30	0	2	5	23	10	17	13	90	203
Geowissenschaft	4	2	0	4	14	1	12	12	49	58
Theor. Medizin	0	0	99	1	2	5	2	1	110	319
Prakt. Medizin	0	0	64	1	5	1	2	1	74	
zusammen	289	349	181	201	271	350	612	410	2663	5026
in Prozent	10,9	13,1	6,8	7,6	10,1	13,1	23,0	15,4	100	
Zweitsitze	3	3	2	2	2	3	5	4		= 24
Erstsitze	2	1	1	0	0	1	1	1	Unabh. 5	= 12

Es steht geschrieben Napalm 7, Vers 13...

Die oben wollten provozieren, taten von ausgeliehener, grell-grün verkleideter Bühne herab kund, was alles sie unter Kabarett verstanden wissen wollten. Die unten saßen auf wackligen Klappstühlen, hörten sich's an und klatschten artig Beifall.

Die oben waren sieben, die sieben Mitglieder des neugegründeten Bochumer Studentenkabarets „Der Kot-Flügel“: mit ihrem Programm „Gute Macht“ hatten sie, die Zahl 13 als Glückszahl bezeichnend, am 13. Juli in der Bücherscheune Premiere.

Die unten, Studenten, Professoren, Bochumer Bürger, waren annähernd 150. (Und gar mancher mußte sich auf die nächsten Vorstellungen vertrösten lassen: so neugierig und beflissen hatten Ruhr-Studenten sich schon lange nicht mehr gezeigt...)

Die unten warteten, eisgekühltes Bier genüßlich schlürfend, schwatzend, flirrend oder Grafiken von Günther Derbusch diskutierend, gespannt auf die „Macht-Ergreifung“. Und der Beginn — Pedanten registrierten sechs Minuten Verspätung — war furios. Die Herren im schwarzen Pullover, die Damen in Grün und Rot, „begrüßten“ ihr durch nichts zu erschütterndes Publikum. (Meinte AstA-Referent Ulrich Dröge: „Die Schimpfwörter kannte ich wirklich noch nicht!“) Peter Handke jedenfalls hätte seine wahre Freude gehabt.

Der Auftakt ließ auf das weitere Programm schließen: Notstandsgesetze, Vietnampolitik der USA, katholische Kirche, Schah-Besuch, Adenauer-Tod, Gesellschaft, Spießbürger, Opportunismus und Gleichgültigkeit. Kurz, all die sorgsam gehegten und gehätschelten Themen bundesrepublikanischen Kabarets.

16 engagierte Nummern, von denen der „River Ky“ auf jeden Fall, die „Guillotine“ eventuell überflüssig waren, wurden, alles in allem, zu einem runden, kraftvollen, bitterbösen Eineinhalb-Stunden-Programm. Das macht, weil die Texte (Jürgen Beyer, Kaspar Henrichs, Norbert Otte) gelungen, die Musik (N. Otte) schlechthin vorzüglich waren. So wurden „Technokratie“ (Friederike Bosseck, Jürgen Bagner, Jürgen Beyer, Kaspar Henrichs), „Lasset uns beten...“ (Angela Hinz, F. Rosseck, Hans-Peter Acker, J. Bagner, J. Beyer, K. Henrichs), „Sex-Komplex“ (F. Rosseck), „Der Kalte vom Berg“ (A. Hinz, F. Rosseck, K. Henrichs) zu unbestrittenen Höhepunkten. Die oben hatten sich in der Tat sehr viel Mühe gemacht und die unten nahmens nicht weiter persönlich, applaudierten begeistert.

Und dennoch die Frage: Hat diese Art Kabarett heute überhaupt noch eine Funktion, wenn die, die angesprochen werden sollen, sich nicht angesprochen fühlen? (Weil sie's nicht ernst nehmen? Oder vielleicht genauso denken?) mar-



Prof. Biedenkopf: Rektor Designatus BSZ-Archivbild

Rektor als Politiker

BOCHUM. (BSZ) — Eingeweihten war längst klar, daß der Nachfolger Rektor Greevens, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, außerordentliches politisches Geschick besitzt. Der Senat hat seine Rolle bei den Verhandlungen mit der Landesregierung entsprechend gewürdigt, als zu Beginn des Jahres Haushaltsstreichungen größeren Umfangs zuungunsten der Ruhr-Universität verhindert wurde. (Das Kultusministerium sah 90 Mio für 1967 vor; es kam zum Kompromiß von 125 Mio.)

Kürzlich wurde bekannt, daß Prof. Biedenkopf dem sogenannten „Etzel-Kreis“ der CDU angehört, der dem Finanzministerium (Minister: Strauß) zugeordnet ist, und der der Adenauer-Partei wirtschaftspolitisch wieder auf die Beine helfen soll.

Biedenkopf soll durch CDU-Manager Duffhos empfohlen worden sein. Der künftige Rektor der Ruhr-Universität ist durch Analysen zur Strukturreform des Reviers hervorgetreten. Außerdem soll er eine Arbeit über das Aktienrecht verfaßt haben, die als „sensationsvoll“ bezeichnet wird.

Regensburg im Herbst

REGENSBURG. (dpa) — Mit Beginn des Wintersemesters nimmt die Regensburger Universität in fünf Fachbereichen ihren Lehrbetrieb auf: Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Geschichte — Gesellschaft — Politik, Philosophie — Psychologie — Pädagogik, Sprach- und Literaturwissenschaft. Staatsexamina und Diplomprüfungen können vom kommenden Jahr an abgelegt werden. Gegenwärtig sind 17 Lehrstühle besetzt. Für das erste Semester wird mit rund 300 bis 400 Studenten gerechnet.

Die Kommilitonen werden es
Ihnen bestätigen...

RENAULT-DIENST

Verkauf - Reparatur

C. M. Schötteldreier

463 BOCHUM
Herner Str. 107, Tel. 6 40 36



arbeitet schnell, gut
und preiswert



Abteilung VII: Diplom-Ökonom- Prüfungsergebnisse

Im Sommer-Semester 1967 haben fünf Kandidaten ihr wirtschaftswissenschaftliches Studium absolviert und den akademischen Grad „Diplom-Ökonom“ erworben.

Der Grad wird als Abschluß des aus Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre integrierten Studienganges bisher nur an der Abteilung für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum und nach Vorbild des Bochumer Modells in Gießen verliehen. Damit stellt er vorläufig noch eine akademische Rarität dar, doch wird erwartet, daß auch weitere Fakultäten auf die Trennung der beiden wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge verzichten werden.

Bereits jetzt erweist sich das neue Studium als attraktiv: 1125 Studenten haben bisher dieses Gebiet als ihr Hauptfach gewählt. Gleichzeitig haben 36 Studierende die im Rahmen des integrierten Studienganges eingeführte Zwischenprüfung bestanden und wenden sich nunmehr dem Hauptstudium zu.

Die Zwischenprüfung wurde zur Leistungskontrolle der Studierenden eingeführt. Sie verhindert nach Ansicht der Abteilung für Wirtschaftswissenschaft eine Überfüllung des Hauptstudiums und liefert so einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung des Bildungsnotstandes. (pl)

Ansicht überprüfen

Diese von der Pressestelle der Universität herausgegebene Meldung ging kommentarlos durch die Zeitung. Bisher konnte der Initiator nicht festgestellt werden.

Niemand in der ganzen Bundesrepublik ist der Ansicht, daß die Zwischenprüfung eine Leistungskontrolle darstellt.

Nach dem Text des Wissenschaftsrates („Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums“) soll die Zwischenprüfung eine Eignungsprüfung für die wissenschaftliche Befähigung in dem jeweiligen Fach sein.

Mit ihr wird die Studienberatung abgeschlossen. Sie soll weiterhin den Studierenden den Zugang zum freieren Hauptstudium öffnen, nicht aber verhindern.

Schließlich werden einfach jene Tatsachen ignoriert, die unter der Umschreibung „Bildungsnotstand“ erklären, weshalb objektiv ein ordentliches Studium nicht garantiert wird.

Jedenfalls bedeutet das kaum verheißene Rausschmissverfahren gerade-

zu eine Verschärfung dessen, was man Notstand nennen könnte.

Nur in der Bundesrepublik wird die Qualität einer Universität an den Durchfallquoten der Prüfungen gemessen: je mehr Studenten scheitern (vielmehr gescheitert werden), desto besser.

Diese deutsche Spezialität ist anderswo verpönt. Der Normalfall wäre, daß es jedem Studierenden möglich ist und möglich gemacht werden muß, das Studienziel zu erreichen.

Oder will die Abteilung für Wirtschaftswissenschaft allen Ernstes unterstellen, daß so viele ungeeignete, unintelligente Studenten die Universität besuchen, wie man aus den Durchfallquoten schließen müßte? Jedenfalls ist der Prozentsatz an echten Versagern, mit denen man immer zu rechnen hat, wesentlich niedriger.

Wir sind der Meinung, daß die seltsame Ansicht jener Abteilung vor die Fakultät gebracht werden muß, und zwar von der Fachschaft aus; und daß zu ihr der Senat eine Stellung beziehen muß.

SHB-Vorstand wurde neu gewählt

BOCHUM. (BSZ) — Der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB), die größte politische Hochschulgruppe an der Ruhr-Universität, hat auf seiner letzten Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand gewählt. Im Wintersemester wird Tony Friedel den SHB als 1. Vorsitzender vertreten. Ihm zur Seite stehen Eckard Wilke (2. Vorsitzender), Peter Dürdöth (Kassierer) und Thomas Rommelspacher (Schriftführer).

Der neue Vorstand will noch mehr als bisher auch innerhalb der Gruppe (der SHB hat z. Z. über 70 Mitglieder) politische Information und Bildung intensivieren. In mehreren Arbeitskreisen werden sich die Mitglieder eingehend mit den verschiedensten politischen Themenkreisen beschäftigen und mit den erarbeiteten Ergebnissen in die Öffentlichkeit treten.

Seit einiger Zeit besitzt der SHB ein eigenes Haus in der Buscheystraße Nr. 64/66. Es ist daran gedacht, dort auch ein Informationszentrum einzurichten.

Soll SDS büßen

BOCHUM. (BSZ) — Gegen die Bochumer Hochschulgruppe des Sozialistischen Deutschen Hochschulbundes (SDS) läuft zur Zeit ein Ermittlungsverfahren des 14. Kommissariats. Gründe: Offizialdelikt (Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes) und Verstoß gegen das Pressegesetz (angeblich fehlte auf einem Flugblatt das Impressum).

Der SDS hätte während des Schah-Besuches auch in Bochum Flugblätter verteilt, auf denen die Frage „Der Schah, ein Wohltäter?“ verneint wurde. Alle Veröffentlichungen bezogen ihr Material ohnehin aus dem rororo-Band „Persien — Modell eines Entwicklungslandes“, in dem u. a. Enzensberger davor warnt, daß Persien und der Nahe Osten ein neues Vietnam werden könnten. Dieses Taschenbuch wird weiterhin mit steigender Auflage verkauft. Der SDS aber soll büßen?

wywiad
Schreibmaschinen
Billige Sonderangebote • Miete-Mietkauf
Bochum Südring 19 • Ruf 61423

Erste Erfolge für unsere Uni-Sportler

Am 11./12. Juli fanden in Tübingen die Deutschen Hochschul-Meisterschaften in den leichtathletischen Mehrkämpfen statt. Erstmals nahmen daran Bochumer Studenten teil, die gleich zu einem durchschlagenden Erfolg kamen: In der Mannschaftswertung errang die Universität Bochum überraschend mit 260 Punkten Vorsprung vor der FU Berlin den Titel eines Deutschen Hochschulmeisters.

Die hervorragende Leistung der Bochumer läßt sich auch an den Einzelplatzierungen ablesen. Nur mit 15 Punkten Abstand errang Walter Hillig den zweiten Platz hinter dem neuen Hochschulmeister Thido von der Uni Mainz. Werner Schallau (4. Platz), Bruno Reiter (6. Platz) und Jörg Tucht standen ihm in ihren Leistungen kaum nach.

Freilich fällt auch ein Schafften auf den schönen Erfolg: Bei strenger Auslegung der geltenden Satzungen hätten die Bochumer nicht Meister werden können; denn die FVV unserer Universität verweigert bereits seit über einem Jahr aus unerfindlichen Gründen den Beitritt zum Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverband (ADH).

Bleibt nur zu hoffen, daß das zukünftige Parlament eine positivere Einstellung zum Studentensport findet.

E. Kunze



Ihre Studiengebühr
zahlen Sie bequem
bei der
SPARKASSE
IN
QUERENBURG
IM
WESTENFELD 22
Tel.: 511015

Das hat der Schah nicht gewollt oder: Berlin bleibt Berlin

Ein deutscher Zitatenschatz. Statt eines Kommentars zusammengestellt von Jochen Vogt.

Wie ein düsteres Schicksalsbild muß ihr in all diesen Tagen das tragische Geschick Jacqueline Kennedys vor Augen stehen. Sie verehrte Kennedy als einen großen Mann unserer Zeit. Wie entsetzlich müßte es für sie sein, wenn sie den Mann, dem ihre ganze Liebe gehört, auf die gleiche grauenvolle Weise verlieren sollte...

NEUE POST über Farah Diba (10. 6.)

Zeigen Sie schon Ihrem zweijährigen Kind den Polizisten an der nächsten Straßenecke. Sagen Sie, daß er ein hilfsbereiter Mensch ist, und woran man ihn erkennt: an seiner Uniform.

ELTERN, Die Zeitschrift für die schönsten Jahre des Lebens. Juni 1967.

Und was soll Frau Ohnesorg ihrem Kind sagen?

K. D. HÄRTEL im SPIEGEL (9. 6.)

Unter vernünftigen Beobachtern gibt es keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Ausschreitungen einer randalierenden Minderheit gegen die Opernbesucher am Freitagabend zu verurteilen sind und den Anstoß zur späteren Zuspitzung gegeben haben.

DIE WELT (8. 6.)

Man sollte sich darüber freuen, daß die Zahl der „vernünftigen“ Protestler überwiegt, und ihren Kummer nicht leichtnehmen. Sonst könnte der nächste Westberliner Zwischenfall Folgen haben, von denen sich Westdeutschland nichts träumen läßt.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (10. 6.)

Ich begreife nicht, wie das in Berlin geschehen konnte.

WILLY BRANDT, Regierender Bürgermeister a. D.

Das ist Terror! Das war kriminell. Das war kriminell in übelster Weise.

BERLINER ZEITUNG (3. 6.) über die Demonstranten

Man kann es ein Wunder nennen, daß „nur“ ein Menschenleben der Blutzoll war, der dieser unverantwortlichen akademischen freien Meinungsäußerung erdrückend ist. Wie man da die Stirn haben kann, von einem Mord der Polizei zu sprechen, ist wohl nur wenigen Phantasten erfindlich. Es mag ein, wenn auch nur schwacher Trost sein, daß andere Studenten nicht gewillt sind, Artikel 5 des Grundgesetzes zu einem Recht auf Radau zu machen.

JOHANNES PITL, stud. jur., Augsburg (SZ, 10. 6.)

Lassen wir die Öffentlichkeit wissen, daß wir uns unweigerlich auf die Seite der Minderheit stellen werden, die in ihrer Meinungsäußerung beschränkt wird, und daß wir der Einsetzung von Schnellgerichten, Demonstrationsverboten und anderen repressiven Maßnahmen offenen Widerstand leisten werden. In anderen Worten: daß es auch eine Vernunft der Unruhe und des Widerstandes gibt, nicht nur eine Vernunft der Ordnung.

Prof. Dr. HARTMUT VON HENTIG, Ordinarius für Pädagogik an der Georg-August-Universität, während einer Protestkundgebung auf dem Marktplatz von Göttingen (5. 6.)

Studenten drohen: wir schießen zurück! — sanfte „Polizei-Welle“

BILD (Berlin), 5. 6.

BILD schoß mit! Spruchband bei dem Protestmarsch in Mainz.

„Wenn ich groß bin, bekomme ich auch ein Gewehr“, sagt der kleine Reza zu den Soldaten.

NEUE POST (10. 6.)

In Ostberlin schießt man auf Deutsche, in Westberlin schießt man auf Deutsche. In Ostberlin wird unterdrückt, was dem Magistrat nicht paßt, in Westberlin wird unterdrückt, was dem Senat nicht paßt. Berlin bleibt Berlin

(Flugblatt in Mainz)

Die Verhaltensweise einer Minderheit wirkköpfiger und der sich zu ihnen gesellenden hysterischen, notorischen Radaumacher zeigt der Berliner Bevölkerung erneut, daß es dieser kleinen radikalen Clique darum geht, das Ansehen Berlins systematisch zu ruinieren. Die Berliner Polizeigewerkschaft verteidigt Sitte und Anstand. Sie verlangt, vom Kurs der weichen Welle bei der Behandlung solcher Kriminellen endlich abzugehen.

GEWERKSCHAFT DER POLIZEI, Berlin (nach DIE ZEIT, 9. 6.)

„Wir wollen den Schah sehen!“ riefen die Menschen hinter den Absperrungen. Doch sie blickten nur auf Polizisten. 1800 Beamte hatte Nordrhein-Westfalen für die Sicherheit des Herrscherpaares aufgebaut. Das war doch nicht nötig! Das hat der Schah nicht gewollt!

NEUE POST (10. 6.)

Die Geduld dieser Stadt hat ein Ende. Wir lassen uns nicht länger von einer Minderheit terrorisieren.

HEINRICH ALBERTZ, Pastor a. D., Regierender Bürgermeister, am 4. 6. (nach DIE WELT, 5. 6.)



Bochumer Studenten während des Studentenkongresses am 9. Juni in Hannover: die Bürger wundern sich, warum sie auf die Straße gehen. BSZ-Bild (Hüper)

Ich habe in den letzten Tagen alles versucht, das Feindverhältnis zwischen der Bevölkerung und den Studenten abzubauen. Das wird ein langwieriger, schwieriger Prozeß sein, bei dem wir die Geduld nicht verlieren dürfen.

HEINRICH ALBERTZ am 15. 6. (nach DIE WELT, 16. 6.)

Das Präsidium der SPD identifiziert sich nicht mit den Erklärungen des Berliner Senats nach den Studentendemonstrationen gegen den Schah-Besuch in Berlin.

WILLY BRANDT und HERBERT WEHNER am 15. 6.

Gegen Gewalt kann es nur Gewalt geben.

Der Polizeipräsident von Wiesbaden

Die Verhältnismäßigkeit der Mittel wurde gewahrt.

Ein Oberregierungsrat aus der Berliner Innenbehörde.

Beim Dreinschlagen ist man niemals so ruhig wie beim Teppichklopfen.

ROLF UMBACH, Polizeipsychologe in München. (alles nach DIE WELT, 16. 6.)

Und nach den fehlenden Schädelknochenanteilen des ermordeten Benno Ohnesorg befragt, antwortete derselbe Duensing beinahe gelangweilt, ihm sei ja schließlich ein ganzer Plastikbeutel mit Knochenresten übergeben worden. Ob es viel kaltschnäuziger geklungen hat, als vor 25 Jahren die Buchenwaldkommandeure über die präparierten Schrupfköpfe ihrer Opfer fachsimpelten? — Aber es war nicht auf dem Ettersberg, sondern in Schöneberg (...)

Die Zuhörer wurden spätestens daran erinnert, als die Freiheitsglocke vom Schöneberger Rathaus zum Elapopela von der „Unantastbarkeit der Freiheit des einzelnen und der Menschenwürde“ wimmerte. Der Blutfreitag von Westberlin hat den Singsang zwar nicht zum Verstummen gebracht, aber seitdem weiß die Welt, daß die Glockentöne mit Polizeiknüppeln angeschlagen werden.

Und die Freiheit, die sie läuten, ist die Freiheit für die Schlägertruppe, die heute zwar eine andere Uniform, wohl aber dieselbe Gesinnung zur Schau tragen wie ihre Vorbilder mit den Runenzeichen und dem Totenkopf am schwarzen Mörderrock.

NEUES DEUTSCHLAND (7. 6.)

Auf Grund der empörenden Vorfälle beim Polizeieinsatz vor der Deutschen Oper am Freitag, dem 2. Juni 1967, halte ich es mit meinem Gefühl für Recht und Unrecht unvereinbar, als Angehöriger der freiwilligen Polizeireserve weiterhin der augenblicklichen Berliner Polizei verpflichtet zu sein. Die angewandten Praktiken widersprechen den Grundsätzen, die mir in der Ausbildung über den polizeilichen Einsatz vorgegeben wurden. Ich habe daher den Polizeipräsidenten um die Entlassung aus dem Dienstverhältnis gebeten.

JAN G. FRENZEL, Leutnant d. R., Berlin, in DIE ZEIT (23. 6.)

In der Anonymität des Masseneinsatzes ist gut prüfeln. Niemand kennt einen, niemand erkennt einen. Wer die Dienstkarte verlangt, bekommt eins über die Finger oder über den Kopf. Am Tag danach vor der Freien Universität: Ein Polizist wird von einem Studenten als Schläger wiedererkannt. Fotografen kommen hinzu. Jetzt hat er Angst. Doch was hilft es? Nicht Angst vor der Entdeckung, sondern ihr festes Pflichtbewußtsein muß die Beamten von Ausschreitungen abhalten.

konkret-EXTRABLATT

Unberührt von den politischen Bedeutungen dieses Besuches blickten Millionen Deutsche mit reger Aufmerksamkeit auf Farah Diba, die schöne, junge Kaiserin. Und Erinnerungen wurden wach an den Staatsbesuch vor zwölf Jahren, als Soraya an der Seite des Schahs durch deutsche Lande fuhr.

7 TAGE (24. 6.)

Wer Terror produziert, muß Härte in Kauf nehmen.

BZ (3. 6.)

Die Westberliner Polizei, die am vergangenen Blutfreitag ein grausames Massaker unter den demonstrierenden Studenten anrichtete und den 26-jährigen Benno Ohnesorg ermordete, stützt sich bei ihren Terroraktionen auf die „Erfahrungen“ schwerbelasteter Gestapo-, SD- und SS-Angehöriger, die heute verantwortliche Positionen in ihren Reihen einnehmen.

NEUES DEUTSCHLAND (7. 6.)

Bei allem Wohlwollen kann die bisherige Handhabung der Pistole kein Anlaß sein, die Polizei zu ent Waffen. Das hieß wirklich, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Und wissen Sie, was die Bevölkerung sagen würde? Gebt ihnen Maschinenpistolen! — Der deutsche Bürger liebt die Ordnung und er liebt die Polizei. Er will geschützt werden und hätte kein Verständnis dafür, wenn anständige Polizeibeamte schutzlos bewaffneten Verbrechern preisgegeben würden.

ROLF UMBACH, Münchner Polizeipsychologe, in CHRIST UND WELT

Der Konflikt (der Studenten) mit der Gesellschaft wurde spätestens nach dem Schuß vor der Berliner Oper zum totalen Krieg.

DIE ZEIT (16. 6.)

Die Anständigen dieser Stadt aber sind jene Massen der Berliner, die Berlin aufgebaut und Berlins Wirtschaft angekurbelt haben. Ihnen gehört die Stadt. Ihnen ganz allein!

BZ (3. 6.)

Was sich in dieser Woche ereignet hat, war eine Politisierung, von der ich meine, das müßten Politiker, Politologen, doch alle aufs tiefste begrüßen. Wir haben geklagt über die Apathie der Studentenschaft. Was heißt Politisierung? Daß ein Individuum die öffentlichen Angelegenheiten zu seinen eigenen macht.

Prof. Dr. HELMUT KOLLWITZER, Ordinarius für ev. Theologie an der Freien Universität.

Schaffen Sie erst mal etwas, dann dürfen Sie auch mit uns diskutieren! — Ach hahn Sie doch uff, die Studenten sind ja alles Kommunisten. — Warum protestieren Sie denn nicht gegen die Sexualität? — Es sind viel zuwenig Studenten erschossen worden.

Frankfurter Bürger zu Vertretern des AStA an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität.

Die Bundesregierung bedauert, daß diese tödliche Folge eingetreten ist auf Grund von unverantwortlichen Handlungen einer kleinen radikalen Gruppe. Die Vorfälle werden Anlaß sein, über Sinn und Wert und Durchführung solcher Staatsbesuche nachzudenken.

Ein Sprecher der Bundesregierung (nach: WAZ, 6. 6.)

Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und seine Frau Marie Luise spürten es sofort: Der Schah ist glücklich geworden mit seiner dritten Frau, mit Kaiserin Farah.

NEUE POST (10. 6.)

In der Krümmen Straße wurde ein junger Mensch blödsinnigerweise für einen blödsinnigen Gast aufgrund einer blödsinnigen Politik erschossen.

Prof. Dr. ALEXANDER MITSCHERLICH, Ordinarius für Psychologie an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt.

Ich glaube, daß es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein „Naturrecht“ auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben (...)

Wenn sie Gewalt anwenden, beginnen sie keine neue Kette von Gewalttaten, sondern zerbrechen die etablierte. Da man sie schlagen wird, kennen sie das Risiko, und wenn sie gewillt sind, es auf sich zu nehmen, hat kein Dritter, und am allerwenigsten der Erzieher und Intellektuelle, das Recht, ihnen Enthaltung zu predigen.

Prof. HERBERT MARCUSE, University of California, in: „Repressive Toleranz“, p. 127 sq.



Für BOCHUM ein Begriff

FIEGE PILS FIEGE EXPORT

„Kritische Universität“ in Berlin gegründet

BERLIN (dpa) — Eine „Kritische Universität“ wurde von Berliner Studenten und Assistenten als Studienorganisation gegründet. Sie soll ein Organ der Studentenschaft werden und im Auftrag und mit finanzieller Unterstützung der Studentenvertretungen in den Hoch- und Fachschulen Westberlins Seminare, Arbeitsgruppen, Kolloquien, Vorträge und Diskussionsforen veranstalten.

Die Lehrveranstaltungen sollen auch interessierten Schülern, Arbeitern, Angestellten, Lehrern und Akademikern aus der Berufspraxis offenstehen. Die Seminare werden in der Regel vierzehntägig während der Vorlesungszeit, die Arbeitsgruppen häufiger und auch in der vorlesungsfreien Zeit tagen. Zu Beginn des Wintersemesters soll die endgültige Organisation und Arbeitsform festgelegt werden.

Die „Kritische Universität“ soll — wie aus einem provisorischen Verzeichnis der Studienveranstaltungen, das vom AStA der FU herausgegeben wurde, hervorgeht — das Ziel verfolgen, „unter ihren Mitgliedern und im öffentlichen Leben die politische Bildung und Betätigung zu fördern, die der Ausgestaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse durch die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse dienen“.

Die „Kritische Universität“ soll drei Hauptaufgaben erfüllen:

1. Permanente Hochschulkritik, verbunden mit der praktischen Vorwegnahme von Studienreformen,
2. Verbreiterung und Intensivierung politischer Praxis in spontanen Aktionszentren, politischen Hochschulgruppen oder in der Studentenvertretung mit Hilfe wissenschaftlicher Analyse und Kritik,
3. Vorbereitung der Studenten auf die Praxis der Wissenschafts- und Gesellschaftspolitik in ihren künftigen Berufen und Unterstützung der kritischen Intelligenz in diesen Berufsbereichen.

In der Broschüre heißt es: „Eine freie Studienorganisation der Studenten an allen Hoch- und Fachschulen unter Beteiligung interessierter Schüler, Arbeiter und Angestellter könnte zu einer

realdemokratischen Opposition oder Gegengewalt im Bereich von Wissenschaft, Schule und Intelligenz und damit zu einer Komponente außerparlamentarischer, antiautoritärer Opposition werden.“

Das Programm der Studienveranstaltungen — Namen werden nicht genannt — sieht im Bereich der Sozial- und Gesellschaftswissenschaften Arbeitskreise und Seminare unter folgenden Themen vor: „Hochschulgesetzgebung — Hochschulreform — Hochschulkritik — Hochschulrevolte“, „Kritik der reinen Ökonomie“, „Rechtsstaat und Demokratie in Deutschland“, „Politische Ökonomie des Alltagslebens“, „Westberliner Wirtschaft und Politik“, „Die rechtliche Situation Westberlins“, „Demokratisierung der Schule“, „Funktion der Intelligenz und der Wissenschaft im Vietnam-Krieg und in der imperialistischen Entwicklungspolitik“ sowie „Das Modell Kuba und die Zukunft Lateinamerikas“.

In der Sparte „Sprache und Literatur“ sind vorgesehen: „Vorlesungsrezensionen und Prüfungskritik in den Geisteswissenschaften“, „Machtgeschützte Innerlichkeit und die Sprache des Terrors“, „Verschüttete Aufklärung“. In der Medizin sollen Arbeitsgruppen über Psychosomatik, über Arbeitsmedizin, über die deutsche Medizin von 1933 bis 1945 sowie zu den Themen „Arzt und Gesellschaft“ und „Sexualität und Herrschaft“ gebildet werden.

Ein anderer Arbeitskreis soll sich mit der „Ideologiekritik der akademischen Psychologie“ beschäftigen. In den Naturwissenschaften sind folgende Themen vorgesehen: „Die Ideologie der Naturwissenschaften in der Schule“ und „Naturwissenschaften und Politik“. Für Studenten der Architektur und Technik sollen Fragen der Architektur-, der Stadt- und Regionalplanung am Beispiel Berlins erörtert werden.

Ein anderer Arbeitskreis soll sich mit der „Ideologiekritik der akademischen Psychologie“ beschäftigen. In den Naturwissenschaften sind folgende Themen vorgesehen: „Die Ideologie der Naturwissenschaften in der Schule“ und „Naturwissenschaften und Politik“. Für Studenten der Architektur und Technik sollen Fragen der Architektur-, der Stadt- und Regionalplanung am Beispiel Berlins erörtert werden.

wywiad
Schreibmaschinen
Billige Sonderangebote - Miete-Mietkauf
Bochum Südring 19 - Ruf 61423

Numerus clausus wurde für Köln aufgehoben

DÜSSELDORF/KÖLN (dpa) — Der nordrhein-westfälische Kultusminister Fritz Holthoff hat den Numerus clausus in den Fächern Germanistik und Anglistik an der Kölner Universität aufgehoben. In einem Erlaß an den Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Köln erklärte Kultusminister Holthoff, daß die Landesregierung Maßnahmen ergreifen wolle, die die angekündigten Zulassungsbeschränkungen entbehrllich machen.

Die Philosophische Fakultät hatte den Numerus clausus damit begründet, daß nur durch eine beschränkte Zulassung die vom Wissenschaftsrat empfohlenen und vor einem Jahr an der Fakultät eingeführten Zwischenprüfungen verantwortlich abgenommen werden könnten.

Für Germanistik sollten in jedem Semester nur 120 Studierende und in Anglistik nur 45 Studierende aufgenommen werden. Die Zahl der Studenten, so hieß es zur Begründung, sei in den letzten Jahren schneller gewachsen als die Zahl der Lehrkräfte. In der Anglistik sei Köln mit 123 Studenten je Lehrkraft schlechter gestellt als irgend ein anderes anglistisches Seminar in der Bundesrepublik mit Ausnahme von Hamburg. Gegenwärtig sind in Köln rund 1600 Studenten der Germanistik

und 1400 der Anglistik eingeschrieben. Gegen den Numerus clausus hat sich der Philologenverband Nordrhein-Westfalen in Briefen an die Philosophische Fakultät und den Kultusminister gewandt. Der Verband erklärte, die Bildungspolitik leide offenbar an „Schizophrenie“, wenn der Numerus clausus zu einem Zeitpunkt verhängt werde, zu dem rund 19 000 Oberprimaner — 4000 mehr als im Herbst 1966 — ihre Reifeprüfung ablegten.

Holthoff stimmte bei einem Besuch in Köln mit der Fakultät darin überein, daß der umstrittene Numerus clausus für beide Fächer entbehrllich gemacht oder gemildert werden soll. Die wesentliche Möglichkeit einer Änderung wird darin gesehen, das Verhältnis von Dozenten und Studenten zu verändern.

Senat hinter Studenten

HAMBURG. (dpa) — Der Senat der Universität Hamburg hat sich gegen eine „pauschale Kritik an der Studentenschaft“ gewandt. Das Recht der Studenten auf freie Meinungsäußerung, so heißt es in der Senatserklärung, bleibe unbestreitbar und schließe auch das Recht auf gesetzlich zugelassene Demonstrationen ein.

... gleich neben der Mensa

IHRE BUCHHANDLUNG BROCKMEYER

463 BOCHUM-QUERENBURG
Lennershofstraße 70 - Telefon 51 13 60

Nachrichten aus der Universität

Nachdem am 8. Juni 1967 die erste Promotion im Fach Mathematik an der Ruhr-Universität Bochum abgeschlossen wurde, hat nunmehr die Fakultät der Abteilung für Mathematik auch ihr erstes Habilitationsverfahren beendet. Sie erteilte am 3. Juli 1967 Dr. Hans-Jörg Reiffen die venia legendi für Mathematik.

Dr. Reiffen wurde 1936 in Duisburg geboren. Er studierte an der Universität Münster Mathematik und Physik. Dort promovierte er 1963 bei Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Behnke und legte 1964 die Wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen ab. Seit 1966 ist er Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Mathematik der Ruhr-Universität Bochum.

Die Abteilung für Geschichtswissenschaft hat Dr. Manfred Wundram die venia legendi für das Fach „Kunstgeschichte“ erteilt.

Beigeordneter Dr. Frido Wagener, Lehrbeauftragter für Verwaltungswissenschaft in der Abteilung für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, ist vom Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Aufbau des Planungsstabes in der Staatskanzlei beauftragt worden.

Der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat den Wissenschaftlichen Abteilungsvorsteher und Professor Dr. Richard Heinrich Giese auf Vorschlag der Abteilung für Geowissenschaften und Astronomie die akademische Bezeichnung „außerplanmäßiger Professor“ verliehen.

Promotionen

Dr. Günter Reinelt, durch die Abteilung für Mathematik zum Dr. rer. nat. mit dem Thema „Zur komplex-analytischen Blätterung reeller Quadriken im „Cn“ mit dem Prädikat „magna cum laude“.

Marianne Schlaefke durch die Abteilung für Naturwissenschaftliche Medizin zum Dr. med. mit dem Thema „Zusammenhänge und Regelung von Kreislauf und Atmung“ mit dem Prädikat „sehr gut“.

Dipl.-Volkswirt Dieter Nagel durch die Abteilung für Wirtschaftswissenschaft zum Dr. rer. pol. mit dem Thema „Möglichkeiten und Grenzen einer Wettbewerbsregelung für die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland“ mit dem Prädikat „cum laude“.

Fritz Achilles durch die Abteilung für Geowissenschaften und Astronomie zum Dr. rer. nat. mit dem Thema „Hafenstandorte und Hafenfunktionen im Rhein-Ruhrgebiet“ mit dem Prädikat „gut“.

Jürgen Bunifuß durch die Abteilung für Geowissenschaften und Astronomie zum Dr. rer. nat. mit dem Thema „Die Geologie der Küstenketten zwischen dem Rio Verde und dem Campo de Gibraltar (Süd-Spanien)“ mit dem Prädikat „gut“.

Friedrich Mauthe durch die Abteilung für Geowissenschaften und Astronomie zum Dr. rer. nat. mit dem Thema „Das Subbetiche Schollenland zwischen Olvera und Montellano (Süd-Spanien)“ mit dem Prädikat „sehr gut“.



BSZ-Leser antworten

Betr.: „Brunnenvergiftung“ (BSZ 9/67) Hiermit möchte ich Sie bitten, folgenden klarzustellen:

1. daß sowohl eine einstweilige Anordnung als auch eine Klage erhoben wurde;
2. daß diese Klagen nicht zurückgenommen werden mußten, sondern, daß diese Klagen nur deshalb zurückgenommen wurden, weil der Vertreter der Studentenschaft eine Erklärung abgab, die folgendes beinhaltet:

- a) eine Satzungsänderung ist vorzunehmen, und zwar dahingehend, daß jeder Student Mitglied im Studentenwerk Bochum e. V. werden kann;
 - b) zum anderen, daß sämtliche Positionen des Studentenwerkes dem Studenten-Parlament unterstellt werden.
3. Der Prozeß wurde aus folgenden Gründen angestrengt:
- a) weil 2a und 2b lt. Satzung überhaupt noch gar nicht vorgesehen waren, und zum anderen, weil
 - b) zwei Kommilitonen einen Prozeß gegen die Universität verloren hatten. Sie hatten den Prozeß angestrengt, weil sie sich weigerten, einem derartigen Studentenwerk ihren Sozialbeitrag zu zahlen (die DSKV lehnte als Vertragspartner das Studentenwerk ab, deshalb mußte die Universität den Sozialversicherungsvertrag machen mit dem DSKV — Herr Schulz hat, soviel ich weiß die Satzung des Studentenwerkes daraufhin geändert, um endlich den Vertrag mit dem DSKV abschließen zu können. Ich habe mich ebenfalls geweigert, die DM 70,— an Sozialgebühren zu zahlen. — Der Prozeß ging bis zum Obergerverwaltungsgericht Lüneburg und Münster — sie wurden beide gegen die Universität verloren.

4. War die Adresse nicht falsch, die Formulierungen waren ohne Unterstellungen und Polemiken in den Klagen.

5. Sollte einmal die Urabstimmung für ungültig erklärt werden und zum anderen sollte die Satzung ungültig gemacht werden.

6. Habe ich dem Senat und dem Ministerium nur eine Abschrift der Klagen eingereicht, um dadurch gleichzeitig die Bitte auszusprechen, die Satzung so lange nicht zu genehmigen, bis ein Urteil vom Verwaltungsgericht vorliegt. Ich möchte Sie dringend bitten, Ihrer unerhörten Freundlichkeit nachzukommen und die Brunnenvergiftung dahingehend zu ändern, daß dieser Sachverhalt endlich den Tatsachen entspricht — besonders die Aussagen des letzten Abschnittes zu bereinigen und wahrheitsgemäß in der nächsten BSZ erscheinen zu lassen.

Sollten Sie aber dennoch nicht Ihren Verpflichtungen nachkommen, so werde ich gegen Sie Anzeige erstatten.

Dankward Heuser

Die Leserschrift Herrn Heusers bedarf folgender Zusätze:

Ad 1): Laut Protokoll wurde vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen über „Erlaß einer einstweiligen Anordnung“ wegen Feststellung der Nichtigkeit einer Satzung der Studentenschaft verhandelt.

Ad 2): Das Verfahren wurde eingestellt; die Antragsteller haben die Kosten des Verfahrens zu tragen. — Schon vorher wurde Herr Heuser von Experten (z. B. Dr. Kübler vor der FVV) bedeutet, daß sein Antrag allein schon aus Formmängeln wenig Aussicht habe, positiv beschieden zu werden.

Ad 3a): Es erschien uns fraglich, ob man wegen der Wünsche zur Satzungsänderung, für die das Parlament zuständig ist, Prozesse anstrengen müsse.

Ad 3b): Herr Heuser meint einmal einen Prozeß vor OVG Lüneburg, in dem die Rechtmäßigkeit der Erhebung von Sozialbeiträgen überhaupt geprüft werden sollte; zum anderen den sogenannten „Klinkhammer-Prozeß“ (Gerd Klinkhammer ist Beauftragter der Landesstudentenschaft für die Universität Dortmund), in dem der Universität allgemein ein Sozialauftrag bestritten wird; mit dem Ziel, diese Aufgabe durch Gesetz der Studentenschaft zu übertragen. In erster und zweiter Instanz kam Klinkhammer nicht durch; doch hat das Bundesverwaltungsgericht jetzt Revision zugelassen.

Der Geschäftsführende Vorsitzende des Studentenwerkes Bochum e. V. hat nicht die Satzung geändert, um mit der DSKV den Vertrag „zu machen“. Herr Schulz kann das gar nicht; zuständig ist die Mitgliederversammlung und das Studentenparlament.

Das Verfahren war folgendermaßen: da die Studentenschaft nicht rechtsfähig ist, und das Akademische Förderungs-

werk nicht zuständig, hat die Versammlung der Fachschaftsvertreter beschlossen, die Universität (über den Kanzler) soll de jure Mitglied der Deutschen Studententrägerversicherung werden und zugunsten des Studentenwerkes mit ihr einen Vertrag schließen. Nachdem Senat der Universität und das Kultusministerium die Sozialgebühren insgesamt genehmigt haben, wurde am 1. Juli 1967 das Studentenwerk mit der Verwaltung der Versicherung beauftragt. Herr Heuser verkennt offenbar die juristischen Schwierigkeiten dieser Angelegenheit. Was im übrigen die DSKV von einem „derartigen Studentenwerk“ hält, steht im Geschäftsbericht für das letzte Semester: Bochum erhielt die beste Wertung in der ganzen Bundesrepublik.

Ad 4): Die Adresse war falsch! Beklagt wurde der Vorsitzende der Studentenschaft als Funktionsträger und Person — in Satzungsfragen aber ist das Parlament bzw. dessen Sprecher zuständig! In der Antragsschrift war davon die Rede, daß die Urabstimmung „inszeniert“ und „manipuliert“ worden sei. Die Urabstimmung wurde aber vom Parlament beschlossen. Der Vorstand organisierte lediglich den Versand der Briefe.

Ad 5): Die gleichen Fragen zur Urabstimmung wurden während der 21. FVV am 23. Mai 1967 behandelt. Ungültigkeit der Satzung insgesamt hätte politischen Charakter gehabt; dahinter stand die Vorstellung von unmittelbarer Demokratie (Vollversammlung statt Urabstimmung; Integration der Fachschaften statt allgemeiner Wahlen; Abbau der studentischen Selbstverwaltung).

Die Redaktion

Feiern die Schildbürger fröhliche Urständ in Bochum? Es hat ganz den Anschein, betrachtet man die Methode der Wahlscheinausgabe. Parkinson hätte bestimmt seine Freude an diesem Verfahren. Mir jedoch vergeht der Spaß bei dem Gedanken, daß allein für Porto 5000 mal 20 Pf. = 1000 DM von unseren Geldern ausgeschüttet wurden und zwar für die (schon sprichwörtliche) „Katz“. Mein Vorschlag, dem allerdings der Makel anhaftet, einfach und kostensparend zu sein, lautet: Ausgabe der Stimmzettel an den Wahlurnen. Durch die Abstempelung der Ausweise ist jeder Mißbrauch ausgeschaltet. Warum also der Umweg über die Bundespost? R.-D. Saevecke

Richtigstellung (zu einem Wahlflugblatt des BDW)

1. Es trifft nicht zu, daß der Bestand an Wiso-Literatur in der Universitätsbibliothek so gering ist, wie der BDW behauptet.

Richtig ist vielmehr, daß er mindestens so groß ist wie die Bestände der einschlägigen Institute, vermutlich etwas größer.

2. Es trifft nicht zu, daß „erst kürzlich eine Referentin für Wirtschaftswissenschaften bei der Universitätsbibliothek angestellt worden ist“.

Richtig ist vielmehr, daß diese Stelle seit Aufnahme des Bibliotheksbetriebes im Jahre 1964 ständig besetzt war. Der zweimalige Wechsel des Referenten in Bochum ist u. a. auf das Faktum zurückzuführen, daß an Bibliothekaren des höheren Dienstes mit wissenschaftlicher Qualifikation in der Volks- oder Betriebswirtschaft seit Jahren ein chronischer Mangel herrscht. Daß sich die wenigen Fachkräfte gern traditionsreichen oder landschaftlich reizvolleren Universitätsstädten zuwenden, dürfte nicht ganz unverständlich sein.

Demokratie - Machtfrage?

Demokratie, das sei eine Machtfrage. Nichts Neues in einem Land der Großen Koalition, gewiß nichts Neues in der wie — auch — immer — genannten DDR. Relevanz, dann aber eine höchst brisante, gewinnt diese Definition erst, wenn Meinungen aus beiden Teilen Deutschlands aufeinandertreffen. Eben das geschah vorige Woche in einem zweitägigen Seminar des Sozialdemokratischen Hochschulbundes.

Von der Karl-Marx-Universität in Leipzig kamen Professor Werner Müller, Lehrstuhlinhaber für Philosophie, Dozent Dr. Gößler und Klaus Kramer, alle drei willens, über das Thema „Demokratie — Anspruch und Wirklichkeit“ mitzudiskutieren. Dabei fiel auch das Wort von der Demokratie als Machtfrage. Nur dann, meinte Professor Müller, wenn man die Demokratie als Diktatur der jeweils herrschenden Klasse betrachte, könne man das Vorgehen der SED richtig beurteilen, gerade so auch die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Interesse an der Fortführung eines Dialogs auf akademischer Ebene zeigten beide Seiten. „Strauß verhielt neulich Entspannung nur bei einer schlagkräftigen Armee“, meinte ein SHB-Mann, „wir halten den Weg des kritischen Gesprächs für eine vernünftige Methode.“

Rückmeldung schon jetzt

Die Rückmeldungen zum Wintersemester beginnen schon am 24. Juli. Zur selben Zeit soll das Vorlesungsverzeichnis für das WS 67/68 erscheinen. Die Sozialbeiträge (48 DM DSKV; 4,30 Studentenwerk; 1,10 Unfallversicherung; 1,90 Hilfsfond; 1,35 VDS-Beitrag; 13,35 Studentenschaft) von zusammen 70 DM müssen jetzt vor der Rückmeldung bzw. Immatrikulation auf das Konto Ruhr-Universität/Studentenschaft eingezahlt werden.



... gleich hinter der Mensa

Wahl: Hamburg

HAMBURG. (BSZ) — Auch die Studentenschaft der Hamburger Universität wählte in diesem Semester ihr neues Parlament (anders als in Bochum durch Persönlichkeitswahl). „Die Wahlbeteiligung lag mit fast 46 Prozent über derjenigen des letzten Semesters und sogar 6 Prozent höher gegenüber dem letzten Sommersemester“, schreibt der AstA, und schließt daraus „eindeutig eine langfristig positive Tendenz“. Der AstA schreibt, daß auch in Hamburg der Wunsch nach einem neuen Wahlmodus besteht. Diesbezüglich hat er sich über Verfahren und Wahlausgang in Bochum berichten lassen.

Klinikum

ESSEN. (BSZ) Das Klinikum Essen, das bisher zur Universität Münster gehörte, ist am 23. Juni 1967 der Ruhr-Universität Bochum angegliedert worden. Der Lehrkörper besteht zur Zeit aus 22 Professoren, 21 habilitierten Dozenten und 10 Lehrbeauftragten. Das Klinikum hat die vorgesehene Kapazität von 50 Studenten pro Semester erreicht. 280 Studierende legten bisher das Staatsexamen ab, über 100 promovierten. (Mitteilungen des Rektors).

Wer **ADLER** schreibt bei **ADLER** bleibt!

Miete - Mietverkauf

Adolf Loewe
Bochum
Kortumstraße 95
Ruf 62341

... auch Sie könnten mal krank werden

DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.G.

Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Hohenstaufenring 62, Telefon 2 04 01

Beratung: Deutsche Kranken-Versicherungs-A.G. Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum, Kortumstr. 68, Telefon 8 05 46-48 oder Studentenwerk Bochum e. V., dienstags 12.00 bis 14.00 Uhr

NEU Moby NEU

NUR DM 399,- a. W.

Ihre neue Freundin von Mobylette

führerscheinfrei-vollautomatisch-27kg leicht

Probefahrt beim Fachhändler:

Lenke BOCHUM, KORTUMSTRASSE 117

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgegeben vom Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität. Vorsitzender: Christoph Zöpel
Redaktion: Ulrich Dröge (Stellvert. Vors. für Öffentlichkeitsarbeit)
Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstr. Nr. 66 (Ruhr-Universität). Tel. 51 18 55. Bankverbindung: Westfalenbank AG, Kto.-Nr. 906 859
Druck: Druckhaus Schürmann & Klagges, Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16, Ruf 6 47 46 - 48, Telex 0 825 514.

WELLAUERS

PIPE TOBACCO

ENGLISH BLEND 3.50 DM

Gratisprobchen PLANTA · TABAK · BERLIN 61

IHRE BANK IN QUERENBURG!

In beiden Zweigstellen in Bochum-Querenburg, Lennershofstraße 70 - unmittelbar neben der großen Mensa - und in der Overbergstraße 7, wollen wir Ihnen bei der Abwicklung Ihrer Bankgeschäfte behilflich sein. In beiden Zweigstellen werden unsere Mitarbeiter bemüht sein, Sie fachkundig und individuell, dem privaten Charakter unseres Hauses entsprechend, zu beraten. Neben der Auszahlung des „Honnefer-Modells“ - dies jedoch nur in der Lennershofstraße 70 - können Sie Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln:

Studentenkonto eröffnen sowie Sparkonto, Depotkonto und Gehaltskonto der Universitätskasse. Die Durchführung des gesamten bargeldlosen Zahlungsverkehrs auf Grund von Daueraufträgen, z. B. Miete, Versicherungen und sonstige wiederkehrende Zahlungen. Kredite in jeder Form. An- und Verkauf von Reisezahlungsmitteln. Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland. Beratung in allen Wertpapierfragen.

Wenden Sie sich daher vertrauensvoll an Ihre

WESTFALENBANK

Zweigstelle Ruhr-Universität
Lennershofstraße 70

AKTIENGESELLSCHAFT
BOCHUM HUESTRASSE 21 - 25
Zweigstelle Bochum-Querenburg
Overbergstraße 7